

Antrag 2021/II/Recht/18

Jusos Hamburg

#KeinMillimeterNachRechts – Ein klares Zeichen gegen Rassismus und Antisemitismus auch in unserer Verfassung

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an die sozialdemokratischen
2 Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen:

3 Wir fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Sena-
4 tes dazu auf, sich für die Aufnahme eines klaren Bekenntnisses für eine weltoffene Stadt und
5 gegen Rassismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit in die Landesverfassung der
6 Freien und Hansestadt Hamburg einzusetzen. Dazu wird die folgende Änderung vorgeschla-
7 gen:

8 Hinter Satz 2 der Präambel der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom Juni 1952
9 (zuletzt geändert durch das neunzehnte Gesetz zur Änderung der Verfassung vom Februar
10 2020) wird folgender Satz eingefügt:

11 “Sich nationalsozialistischem, rassistischen und anderem, die Würde des Menschen verachten-
12 den, Gedankengut entgegenzustellen, sieht sie als Verpflichtung aller staatlichen Gewalt sowie
13 Verantwortung eines jeden Einzelnen an.”

14 **Begründung**

15 Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten bewegt sich seit Jahren auf einem sehr
16 hohen Niveau. Auch die Zahl der Gewalttaten nimmt zu. Jüngst erschütterten uns insbeson-
17 dere der Mord an Walter Lübcke, sowie die Anschläge von Halle und Hanau, aber auch weniger
18 bekannte Taten, wie das rassistische Attentat in Wächtersbach.

19 Hass und Gewalt entstehen jedoch nicht aus dem Nichts. Denn „dieser Hass ist kollektiv und er
20 ist ideologisch geformt. Der Hass braucht vorprägte Muster, in die er sich ausschüttet.“¹ Diese
21 Muster werden rhetorisch vorbereitet, durch faschistisch geprägte Sprache, durch Hetze gegen
22 Menschengruppen und durch Verharmlosungen der NS- Diktatur.

23 Es ist unser aller Verantwortung, sich diesen Entwicklungen entgegenzustellen und die Errun-
24 genschaften der Demokratie wie die im Grundgesetz festgeschriebenen Rechte auf Religions-
25 freiheit und die Unverletzlichkeit der Menschenwürde zu verteidigen.

26 Auch wenn die Demokratie aus sich heraus antifaschistisch ist und das Grundgesetz sich klar
27 gegen Rassismus und Co stellt, ist es angebracht, dass sich auch Hamburg klar und deutlich
28 in seiner Verfassung der Verteidigung der Demokratie gegen rechte und faschistische Angriffe
29 verschreibt.

30 Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben bereits eine entsprechende Formulierung in ihre Ver-
31 fassung aufgenommen und weitere Bundesländer wie Bremen überlegen zu folgen. Als libe-
32 rale und weltoffene Stadt, in der die AfD nur knapp erneut in das Parlament eingezogen ist,

33 sollte Hamburg diesem Schritt folgen und ein klares Zeichen gegen neofaschistische Tenden-
34 zen und menschenfeindliche Weltbilder in die Verfassung aufnehmen. Dabei ist natürlich klar,
35 dass dies das Problem nicht alleine lösen kann. Es braucht auch eine Strategie, um Rechtsradi-
36 kalismus zu bekämpfen, vorzubeugen und beim Ausstieg zu helfen. Hamburg hat 2019 mit dem
37 Landesprogramm „Hamburg – Stadt mit Courage“ seine Strategie gegen Rechtsextremismus
38 weiterentwickelt. Wir erwarten natürlich, dass dieses Programm konstant evaluiert, verbessert
39 und finanziert wird.

40 1 Carolin Emcke, Gegen den Hass, 2016, S.16.